

Politik & Wirtschaft

Geldregen aus Genf sorgt für Finanzchaos in Bundesbern: «Der Vorgang ist ein Skandal»

Von Mehreinnahmen überrascht Die Genfer Steuermillionen kamen erst, als die Budgetplanung 2026 fertig war. SP-Nationalrätin Sarah Wyss sagt: «Einige Sparmassnahmen wären noch offensichtlicher unnötig gewesen.»

Benno Tuchschnid, Lausanne

Plötzlich waren es 290 Millionen mehr. Die Finanzkommission des Nationalrats schloss gerade die Vorbereitung der Budgetdebatte ab, als die Eidgenössische Steuerverwaltung vor einem Monat Mehreinnahmen aus dem Kanton Genf für das Budget 2026 meldete. Doch nicht nur die aktuelle Rechnung ist betroffen: Über die Jahre hinweg erwartet der Bund gar Mehreinnahmen von über 3 Milliarden Franken aus Genf.

Der Grund: Ein Softwareproblem führte dazu, dass der Kanton Genf über Jahre hinweg provisorische Steuerrechnungen für Unternehmen nicht vollständig ausstellte. Der Ärger darüber ist im Bundeshaus, wo seit letzter Woche die Budgetdebatte läuft, nicht verflogen.

Gelder werden in den Schuldenabbau fliessen

«Der Vorgang ist ein Skandal und hat die Budgetdebatte stark verzerrt», kritisiert Sarah Wyss, SP-Nationalrätin und bis vor kurzem Präsidentin der Finanzkommission. Hätten Bundesrat und Parlament früher von den Einnahmen gewusst, wären aus ihrer Sicht einige Sparmassnahmen «noch offensichtlicher unnötig gewesen». Gerade im öffentlichen Verkehr oder im Gesundheitsbereich bei der Prävention sei derzeit der Rotstift angesetzt worden. Da die Budgetplanung der Kommission zum Zeitpunkt der Meldung jedoch bereits abgeschlossen war, wird sowohl 2025 wie voraussichtlich auch 2026 ein Grossteil der Gelder in den Schuldenabbau fliessen.

Wyss hat dazu im Parlament eine Frage eingereicht, in der sie unter anderem wissen will, wie der Bund solche Vorgänge künftig verhindern will.

In Genf wehrt man sich gegen den Vorwurf, intransparent



«Der Vorgang hat den Budgetprozess stark verzerrt», sagt die Basler SP-Nationalrätin Sarah Wyss. Foto: Matthias Spicher («20 Minuten»)

Stark gestiegene Rohstoffpreise nach Ausbruch des Ukrainekriegs bescherten den Rohstoffhändlern riesige Gewinne.

gehandelt zu haben. Erst eine Praxisänderung der Überwachungsorgane des Bundes habe dazu geführt, dass das Genfer Vorgehen als nicht konform eingestuft worden sei, heisst es im Genfer Finanzdepartement. Die Abteilung Aufsicht Kantone der Eidgenössischen Steuerverwaltung habe daraufhin Gespräche mit dem Kanton aufgenommen.

Die sprudelnden Steuereinnahmen haben einen politisch brisanten Hintergrund: Stark gestiegene Rohstoffpreise nach Ausbruch des Kriegs in der Ukraine bescherten den Genfer Rohstoffhändlern riesige Gewinne. Bereits im Januar hatte der Kanton deshalb unerwartete Mehreinnahmen in Milliardenhöhe gemeldet. Diesmal sorgt das Geld jedoch nicht mehr für

freudige Verwunderung, sondern für ernste Kritik. Die Steuerverwaltung fand in ihrer Medienmitteilung deutliche Worte: Das Vorgehen des Kantons Genf «widerspricht der gesetzlichen Vorgabe». Im Kanton Genf zeigt man sich irritiert. Die Wortwahl sei unangebracht, man habe sich immer transparent verhalten.

Der Vorgang dürfte Konsequenzen über Genf hinaus ha-

ben. Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) bemängelt in einem neuen Untersuchungsbericht, dass der Bund die kantonale Aufsicht generell zu wenig kritisch hinterfrage.

Gemäss der Eidgenössischen Steuerverwaltung werden Massnahmen geprüft, um die Aufsicht zu verbessern. Direkte Sanktionen kann der Bund föderalismusbedingt jedoch nicht ergreifen.

Das Problem ist nicht auf Genf beschränkt

Laut EFK ist das Problem der mangelnden Überwachung nicht auf Genf beschränkt. 2024 nahm die Eidgenössische Steuerverwaltung 30 Milliarden Franken an direkter Bundessteuer ein. Eingezogen wird diese von den Kantonen.

Die EFK kritisiert unter anderem, dass sich die Aufsicht zu wenig auf die grossen Kantone konzentriert: Zürich, Genf, Waadt, Zug und Basel-Stadt liefern über die Hälfte der direkten Bundessteuern ab.

Zudem sei es ineffizient und nicht mehr zeitgemäss, dass der Bund nur vor Ort Einblick in die kantonalen Systeme zur Veranlagung erhalte. Für eine wirkungsvolle Aufsicht brauche die Eidgenössische Steuerverwaltung einen permanenten Zugriff auf die Daten der Kantone. Beim Bund sieht man das ähnlich: Gemäss Steuerverwaltung böte ein permanenter Zugriff Vorteile. Doch das sei ein politischer Entscheid, heisst es.

Der Kanton Genf gibt an, er passe seine IT an, um die Ausstellung provisorischer Steueranlagungen zu gewährleisten. «Diese Anpassungen werden ab Anfang 2026 betriebsbereit sein», schreibt das Finanzdepartement. Die interne Revisionsstelle des Kantons habe die Überwachung dieser Anpassungen zudem freiwillig in ihre Kontrollen aufgenommen.